

Nicht mehr als ein Alibi

Von Alexander Huber

Die Debatte um Windkraftstandorte im Markgräflerland hat grotesk zu nennende Züge angenommen. Diejenigen, die Windräder in der Region für einen Irrweg auf dem Weg zur Energiewende halten oder für die die Energiewende insgesamt Unfug ist, sollten das klipp und klar benennen und sich nicht hinter einer Alibi-Planung verschanzen. Das, was nun im Gemeindeverwaltungsverband aller Voraussicht nach als Windkraftstandorte ausgewiesen werden soll, ist vermutlich nicht mal das Papier wert, auf dem es abgedruckt wird. Von "substanziellem Raum für die Windkraft" kann hier jedenfalls keine Rede sein. Wohlgedemert: Es ging in der aktuellen Debatte nie darum, zu entscheiden, wo sich denn tatsächlich einmal Windräder drehen werden, sondern einzig und allein darum, welche Flächen weiterhin genauer unter die Lupe zu nehmen wären. All' die Sorgen um das Wasser, das Landschaftsbild, jegliches kriechende und fliegende Getier wären damit ja nicht vom Tisch gewischt. Im Gegenteil: Es hätte die Chance bestanden, jeweils im konkreten Einzelfall diese zweifelsohne wichtigen Fragen tiefgehend zu prüfen — und nicht über eine so wachsweiße Abwägung, wie sie nun im Vorfeld getroffen wurde. Allein die Posse um den schon seit etlichen Jahren weitergezogenen Wanderfalken zeigt, dass hier vom grünen Tisch aus Annahmen getroffen wurden, die mit der Realität vor Ort womöglich herzlich wenig zu tun haben. So aber wurden Fakten geschaffen, bevor die wirklichen Fakten überhaupt erst auf den Tisch kommen konnten. Wenn wir diese Strategie flächendeckend auf die technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land anwenden — dann können wir uns auch wieder im Eselkarren fortbewegen und für die Kommunikation über längere Distanzen eine Paketschnur zwischen zwei Blechdosen spannen.

Noch ein weiterer Aspekt in dieser Debatte erscheint bemerkenswert: Die Müllheimer Bürgermeisterin begründete ihre Ablehnung des Standorts Blauen mit der Bedeutung eines gedeihlichen Zusammenarbeitens im GVV. Das mag man politisch klug und umsichtig nennen. Oder man wertet es als eine subtile Form von Erpressbarkeit. Bei genügend bösem Willen könnte da schon der Verdacht aufkommen, dass die kleineren Gemeinden im GVV offenbar nur mit Liebesentzug drohen müssen, um das Mittelzentrum Müllheim auf Linie zu bringen.